

Niederschrift

über die 21. öffentliche Sitzung der **Gemeindevertretung** der Stadtgemeinde Oberndorf, welche am Mittwoch, dem **7. Februar 2007**, um 19.00 Uhr im Krankenhaus Oberndorf stattgefunden hat.

Tagesordnung:

1. Eröffnung und Begrüßung durch den Bürgermeister, Feststellung der Beschlussfähigkeit; Fragestunde für die Gemeindebürger
2. Beschlussfassung der Niederschrift vom 15. Dezember 2006
3. Berichte des Bürgermeisters
4. Krankenhaus - Patiententarife Sonderklasse (BVA)
5. Ausnahme von der Einmündungsverpflichtung in die Ortskanalisation – Liegenschaft Tettenbacherstraße 4 (Ludwig Armstorfer)
6. Altes Zollhäusl – Verpachtung an Tourismusverband
7. Aufträge, Anschaffungen
8. Subventionen
9. Allfälliges

Anwesende:

Bürgermeister Peter Schröder
1. Vizebürgermeister Dr. Andreas Weiß
2. Vizebürgermeister Otto Feichtner
Stadtrat Dietmar Innerkofler
GV Josef Auzinger
GV Bärbel Stahl
GV Wolfgang Stranzinger
GV Wolfgang Oberer
Stadtrat Ing. Johann Bruckmoser
Stadtrat Mag.(FH) Hannes Danner
GV Georg Mayrhofer
GV Anna Schick
GV Franziska Stampfer
GV Martin Neumeier
Stadtrat Dietmar Prem
GV Georg Meindl
GV Johann Tutschka
GV Ing. Johann Schweiberer
Stadtrat Dr. Patrick Weihs
GV Maria Petzlberger
GV Michael Mayer
GV Josef Hagmüller – erscheint um 19.10 Uhr

Entschuldigt abwesend:

GV Peter Illinger
Stadträtin Ulrike Bazzanella-Müller, Dipl. päd.
GV Josef Gönitzer

Weiters anwesend:

Dipl.-Ing. Günter Matousch, Johann Bräumann – für den RHV Großraum Salzburg, zu TOP 1.
Dr. Gerhard Schäffer, Amtsleiter

Schriftführerin: Gabriele Niederstrasser

Es waren 2 Zuhörer anwesend.

Verlauf und Ergebnisse der Sitzung:

1. Eröffnung und Begrüßung durch den Bürgermeister, Feststellung der Beschlussfähigkeit; Fragestunde für die Gemeindebürger

Bürgermeister Schröder begrüßt die Anwesenden und eröffnet um 19.00 Uhr die Sitzung. Er stellt fest, dass aufgrund der Anwesenheit von 21 Gemeindevertretungsmitgliedern die Beschlussfähigkeit des Gremiums gegeben ist. Die Tagesordnung wurde zeitgerecht und ordnungsgemäß zusammen mit der Einberufung zu dieser Sitzung zugestellt, es bestehen dagegen keine Einwände.

Aus aktuellem Anlass soll in der Fragestunde kurz auf das Thema „Trassierung Überleitung nach Siggerwiesen“ eingegangen werden.

Weiters hält der Bürgermeister fest, dass ein dringlicher Antrag der Fraktion der Grünen eingegangen ist, der von Stadtrat Dr. Weihs noch im Detail erläutert, begründet und zusätzlich in eigenen Worten ausformuliert wird. Er veranschaulicht seine persönliche Haltung zur erneuerbaren Energie und hält es aufgrund der vorhandenen Daten und Erfahrungswerte für einen Auftrag, etwas für die erneuerbare Energie zu tun. Der Antrag lautet wie folgt:

Dringlicher Antrag für die Gemeindevertretungssitzung am 7. Februar 2007

Angesichts der aktuellen dramatischen, klimatologischen Entwicklung muss nach Ansicht der Oberndorfer Grünen auch in Oberndorf ein Zeichen gesetzt werden.

Es ist an der Zeit, die veralteten Förderungsrichtlinien der Stadtgemeinde Oberndorf aus dem Jahr 1992 (mit Novellierung 1997) an die aktuelle Situation anzupassen.

Es ist absolut notwendig, alle Heizungsanlagen, die mit erneuerbarer Energie betrieben werden, zu fördern. Die Förderungshöhe soll analog den bisherigen Förderungen für Solaranlagen zur Warmwasserbereitung und/oder teilsolare Heizungen bemessen werden.

Die Mehrkosten sollen für 2007 aus den Verstärkungsmitteln beglichen werden.

Die Oberndorfer Grünen stellen folgenden Antrag:

Die Förderungsrichtlinien der Stadtgemeinde Oberndorf aus dem Jahr 1992, novelliert 1997, für Solaranlagen zur Warmwasserbereitung und/oder teilsolare Heizungen sollen um eine analog bemessene Förderung für alle Heizungen, die mit erneuerbarer Energie betrieben werden, erweitert werden. Die dadurch entstehenden zusätzlichen Kosten sollen für 2007 aus den Verstärkungsmitteln getragen werden.

Unterzeichnet: Patrick Weihs, Michael A. Mayer, Maria Petzlberger

Bürgermeister: Ich möchte darüber abstimmen lassen, dass dieser Antrag im Umweltausschuss behandelt wird und vorher entsprechende Erhebungen über die Anzahl der Pelletsheizungen in Oberndorf durchgeführt werden.

Stadtrat Dr. Weihs: Die Zuweisung an den Umweltausschuss halte ich für sinnvoll, es wird jedoch gebeten, auch den heute unter TOP 8. zu behandelnden Förderantrag bis dahin zurückzustellen.

Der Bürgermeister stellt den **Antrag, die Behandlung dieses Antrages der Grünen dem Umweltausschuss zuzuweisen.**

Offene Abstimmung (21 GV anwesend): Wird einstimmig beschlossen.

Überleitung der Abwässer nach Siggerwiesen

Der Bürgermeister hält fest, dass seit gestern besorgte Anrainer nachfragen, wie dieses Baulos durchgeführt wird. Es herrschen Ängste vor hinsichtlich der Standsicherheit des Dammes. Hierzu ist festzuhalten, dass natürlich bei der Bauverhandlung ganz besonders auf diese Tatsache Bedacht genommen wurde. Es hat auch am heutigen Tag aus diesem Anlass noch einige Gespräche gegeben. Dipl.-Ing. Ulmer von der zuständigen Wasserbauabteilung des Landes hat mir bestätigt, dass es u. a. Auflage ist, außerhalb der Spundwände, also wasserseitig, die Druckleitung zu verlegen, dies in einer Tiefe von 2,20 – 2,40 m. Nach Fertigstellung der Baumaßnahme soll laut Expertenaussagen die Standfestigkeit des Salzachdammes durch eine erhöhte Verdichtung noch mehr gegeben sein als bisher.

Dipl.-Ing. Matousch vom RHV Großraum Salzburg, technisch Verantwortlicher für dieses Projekt, bestätigt die Aussagen des Bürgermeisters. Es wird absolut bescheidkonform gebaut, alle technischen Vorgaben werden genauestens eingehalten. Sollte es im Laufe des Baues zu kleinen Adaptierungen kommen müssen, die sich jedoch erst vor Ort in der Praxis ergeben können, wird dies sicherlich nur in Abstimmung mit den Behörden erfolgen. Doch hier könnte es sich lediglich um unwesentliche Kleinigkeiten handeln.

Weiters ergänzt Herr Matousch, dass der RHV Großraum Salzburg heute eine schriftliche Anfrage von Dipl.-Ing. Kettl zu einigen baulichen und technischen Details erhalten habe, die ehestens beantwortet wird. Bei der nächsten Sitzung kann die Beantwortung vorgelegt werden. Es wird nochmals ausdrücklich betont, dass das Projekt absolut bescheidkonform abgewickelt wird und kein Anlass zur Sorge bestehen muss.

Bürgermeister: Es gibt auch Ängste wegen einer Beschädigung des Baumbestandes. Dazu sei angemerkt, dass hier keine Beeinträchtigung erfolgen wird. Das Projekt wird Ende März abgeschlossen sein. Nebenbei wird die Standsicherheit des Dammes dadurch gewährleistet, dass die ineinander verzahnten Spundwände gewissermaßen einen sog. „Reißverschlussseffekt“ aufweisen.

Stadtrat Dr. Weihs regt an, die Bürger im Wege des Mitteilungsblattes zu informieren.

Bürgermeister: Eine Stellungnahme meinerseits ist bereits verfasst, überdies ist im Februar-Mitteilungsblatt eine Informationsseite des Reinhaltverbandes Großraum Salzburg erhalten, wo das Baulos erläutert wird.

Die Vertreter des RHV Großraum Salzburg verlassen die Sitzung.

2. Beschlussfassung der Niederschrift vom 15. Dezember 2006

Da keine Wortmeldungen vorliegen, stellt der Bürgermeister den **Antrag, das Protokoll der Gemeindevertretungssitzung vom 15. Dezember 2006 zu beschließen.**

Offene Abstimmung (22 GV anwesend): Wird einstimmig beschlossen.

3. Berichte des Bürgermeisters

Symposium zum Jahr der Chancengleichheit 2007

Es liegt eine Einladung zur Auftaktveranstaltung am 21. Februar 2007 vor. Wer daran interessiert ist, kann sich diese Einladung jederzeit im Amt abholen.

4. Krankenhaus – Patiententarife Sonderklasse (BVA)

Seitens der Versicherungsanstalt Öffentlich Bediensteter wurden zum Vertrag für die Sonderklassen neue Tarifanhänge mit der Gültigkeit von 01.01.2007 bis 31.12.2007 (Tarifanhang I/29) sowie vom 01.01.2008 bis 31.12.2008 (Tarifanhang I/30) übermittelt.

Laut Auskunft der Krankenhausverwaltung handelt es sich hier um ein Fortschreiben des seit 1993 gültigen Vertrages.

Der Bürgermeister stellt den **Antrag, die o. a. Tarifanhänge des BVA-Vertrages bezüglich der Sonderklassen zu beschließen.**

Offene Abstimmung (22 GV anwesend): Werden einstimmig beschlossen.

5. Ausnahme von der Einmündungsverpflichtung in die Ortskanalisation – Liegenschaft Tettenbacherstraße 4 (Ludwig Armstorfer)

Folgender Amtsbericht liegt vor:

Mit Ansuchen vom 17.11.2006 wurde durch Herrn Ludwig Armstorfer die Ausnahme von der Einmündungsverpflichtung in die Ortskanalisation für den landwirtschaftlichen Betrieb Tettenbacherstraße 4 beantragt, da die häuslichen Abwässer für die landwirtschaftliche Betriebsführung benötigt werden.

Die Landwirtschaft umfasst **7,0 ha landwirtschaftlich genutzte Fläche** (5,41 ha Eigengrund und 1,59 ha Pachtfläche) und **15,05 Großvieheinheiten**. Der Betrieb umfasst daher je Großvieheinheit mindestens 1/3 ha landwirtschaftlichen Grund, der für die Düngung mit Wirtschaftsdünger in Betracht kommt und ständig bewirtschaftet wird.

Im Betrieb leben **6 Bewohner (tatsächlich 4 + 2 Bewohner f. Austragwohnung)**. Es kommen damit auf jeden im Betrieb wohnenden Bewohner mindestens 1,5 Großvieheinheiten.

Die vorhandenen Güllegruben umfassen zusammen **275,80 m³ nutzbaren Raum**. Der erforderliche nutzbare Raum beträgt 247,50 m³.

Es sind damit alle Voraussetzungen für die Gewährung der beantragten Ausnahmegenehmigung erfüllt und es kann daher der Gemeindevertretung die Beschlussfassung empfohlen werden.

Der Bürgermeister stellt den **Antrag, das Ansuchen von Herrn Ludwig Armstorfer um Ausnahme von der Einmündungsverpflichtung in die Ortskanalisation gemäß § 34 Abs. 3 und 3 a Bautechnikgesetz für den landwirtschaftlichen Betrieb Tettenbacherstraße 4 zu gewähren.**

Offene Abstimmung (22 GV anwesend): Wird einstimmig beschlossen.

6. Altes Zollhäusl – Verpachtung an Tourismusverband

Folgender Amtsbericht liegt vor:

„Mit dem Tourismusverband Oberndorf soll ein Pachtvertrag über die Nutzung des sog. „Alten Zollhäusls“ bei der Länderbrücke abgeschlossen werden. Vorgesehen ist, dass sich der Tourismusverband zur Hälfte an der notwendigen Sanierung des Gebäudes beteiligt. Im Voranschlag der Stadtgemeinde 2007 sind dafür € 27.500,-- als Ausgabe und € 13.800,--, das ist der Anteil des Tourismusverbandes, vorgesehen.

Der Anteil des Tourismusverbandes an der Sanierung wird im Pachtvertrag als Vorauszahlung festgehalten, wobei bei einem monatlichen Pachteuro von € 77,-- netto von einer 15jährigen Laufzeit ausgegangen wird. Der Pachtzins wird gemäß Verbraucherpreisindex oder einem vergleichbaren wertgesichert. Für die Dauer der berechneten Vorauszahlung wird ein Kündigungsverzicht vereinbart. Nach Ablauf dieser Frist ist der Vertrag jährlich mit einer halbjährlichen Kündigungsfrist beidseitig aufkündbar.

Weiters wird im Vertrag festgehalten, dass die getätigten Investitionen in das Eigentum der Stadtgemeinde übergehen. Alle während der Pachtdauer anfallenden Betriebskosten gehen zu Lasten des Tourismusverbandes, Investitionskosten und Erhaltungskosten werden zwischen der Stadtgemeinde und dem Tourismusverband im Verhältnis 50 : 50 aufgeteilt. Vor der Investition ist das beidseitige Einvernehmen herzustellen.“

Der Bürgermeister ergänzt, dass die Sanierung bis zu unserem großen 2-Brücken-Fest am 23. Juni abgeschlossen sein soll.

GV Ing. Schweiberer äußert zur Finanzierung folgende Verständnisfrage: Wenn der Anteil des Tourismusverbandes € 13.800,-- beträgt und als Mietvorauszahlung angerechnet wird, zahlt dann der Tourismusverband bei der Sanierung eigentlich nichts mit? Der Betrag ist also eine reine Mietvorauszahlung.

Der Bürgermeister bestätigt dies.

Stadtrat Mag.(FH) Danner: Wird die Sanierung so realisiert, wie sie vor einigen Jahren geplant und besprochen war?

Bürgermeister: Es gibt einen Plan von Dipl.-Ing. Martin Krabath. Die Gestaltungsmaßnahmen des Außenbereiches sind schon geschehen, sie erfolgten im Zuge des Straßenbaues. Die Vorderansicht bleibt von ihrer Gesamterscheinung her gleich, Fenster und Tür werden erneuert. Eventuell soll das Gebäude noch eine zweite Tür erhalten, das hängt davon ab, wie der Innenraum aufgeteilt bzw. genutzt wird. Es ist auch beabsichtigt, die Telefonzelle neben dem Gebäude zu entfernen. Die Arbeitsleistung soll so viel wie möglich durch den Bauhof erbracht werden.

Eine Anmerkung von GV Ing. Schweiberer auf die Frage des Bürgermeisters nach dem damaligen Kaufpreis des Zollhäusl: Dieser betrug 100.001,-- Schilling.

Der Bürgermeister stellt den **Antrag auf Abschluss eines Pachtvertrages über das Alte Zollhäusl mit dem Tourismusverband Oberndorf. Gleichzeitig** ersucht er, ihm hinsichtlich der Kosten bei einem sich allfällig ergebenden Bedarf einen Spielraum von 10 – maximal 20 % einzuräumen.

Offene Abstimmung (22 GV anwesend): Wird einstimmig beschlossen.

7. Aufträge, Anschaffungen

Keine!

8. Subventionen

8.1. Baukostenzuschuss für Pelletsheizung

Es wird vorgeschlagen, das Ansuchen von Dkfm. Kies um Gewährung eines Zuschusses für die Errichtung einer Pelletsheizung zurückzustellen. Es sind im Umwelt-Ausschuss neue Richtlinien zu erarbeiten. Anschließend wird dieses Ansuchen wieder behandelt.

Offene Abstimmung (22 GV anwesend): Diese Vorgangsweise wird einstimmig beschlossen.

8.2. Rettungsbeitrag 2007

Es liegt ein Ansuchen des ÖRK um finanzielle Unterstützung vor. Der Rettungsbeitrag für 2007 beträgt unter Berücksichtigung der Volkszählung 2001 mit 5.431 Einwohnern € 17.161,96, das sind € 3,16 pro Jahr und Einwohner.

Offene Abstimmung (22 GV anwesend): Wird einstimmig beschlossen.

8.3. Stadtkapelle Oberndorf

Die Stadtkapelle ersucht um die Zuweisung der Vereinssubvention für das Jahr 2007. Im Voranschlag 2007 ist eine Subvention in der Höhe von € 4.000,- vorgesehen.

Offene Abstimmung (22 GV anwesend): Die Gewährung einer Subvention in der Höhe von € 4.000,-- wird einstimmig beschlossen.

8.4. Straßentheater 2007

Der Stadtgemeinde Oberndorf wurde wiederum das jährliche Straßentheater durch die Salzburger Kulturvereinigung im Sommer 2007 angeboten. Die Kosten betragen € 1.750,--.

Offene Abstimmung (22 GV anwesend): Die Durchführung und Kostenübernahme von € 1.750,-- wird einstimmig beschlossen.

8.5. Schifferschützen-Corps Oberndorf

Das Schifferschützen-Corps ersucht um eine finanzielle Unterstützung zum Ankauf und zur Erhaltung von Uniformen für das Corps und die Stadtkapelle in der Höhe von € 1.300,--.

Offene Abstimmung (22 GV anwesend): Die Kostenübernahme von € 1.300,-- wird einstimmig beschlossen.

8.6. Seniorenring – Ortsgruppe Oberndorf

Mit Schreiben vom 31. Jänner 2007 ersucht der Seniorenring für das laufende Jahr um finanzielle Unterstützung. 2006 wurden € 150,-- ausbezahlt. Der Mitgliederstand ist gleich geblieben, daher sollen wiederum € 150,-- überwiesen werden.

Offene Abstimmung (22 GV anwesend): Wird einstimmig beschlossen.

8.7. Tanzgruppe Karin Obrist – ÖM im Showtanz

Die Tanzgruppe von Frau Karin Obrist ersucht um Fahrtkostenzuschuss zur Teilnahme an den Österreichischen Meisterschaften im Showtanz vom 23. – 25. März in Klagenfurt in der Höhe von € 190,40.

8.8. Hauptschule Oberndorf – LM und ÖM Hallenhockey

Eine Hauptschulklassse hat die Salzburger Landesmeisterschaft im Hallenhockey gewonnen und fährt nun zu den Österreichischen Meisterschaften nach Wiener Neustadt. Der Bus kostet € 800,--. Die Direktorin wird noch prüfen, ob es eine Förderungsmöglichkeit durch das Land gibt. Es geht vor allem auch darum, die Klasse für ihre Leistung zu belohnen.

Der Bürgermeister stellt den **Antrag, die vorstehenden Meisterschaftsteilnahmen der Showtanzgruppe und der Hallenhockey-Klasse im beantragten Ausmaß zu unterstützen.**

Offene Abstimmung (22 GV anwesend): Beide Unterstützungen (8.7. und 8.8.) werden einstimmig beschlossen.

9. Allfälliges

9. 1. Anfrage der Grünen

Es liegt eine Anfrage der Fraktion der Grünen an den Bürgermeister vor, die wie folgt lautet bzw. die einzelnen Punkte folgendermaßen beantwortet werden (*Fragen – Antworten werden vom Bürgermeister verlesen*):

In letzter Zeit war festzustellen, dass der Großteil der Pkw-Abstellplätze in der Kurzparkzone vor dem Gemeindeamt durch Fahrzeuge besetzt war, die eine Ausnahmegenehmigung zum Dauerparken besitzen.

- *Wie viele solcher Dauerparkgenehmigungen wurden ausgegeben?*

Dauerparkgenehmigungen wurden für die Mitarbeiter des Stadtamtes und den Bürgermeister ausgegeben.

- *Wie viele Genehmigungen werden in Zukunft voraussichtlich noch ausgestellt?*

Hängt von der Personalentwicklung im Stadtamt ab.

- *Welche Begründung gibt es dafür?*

Die Schaffung einer Kurzparkzone auf den neu errichteten Parkplätzen im Bereich des Karoline-Brandauer-Parks war eine Forderung des damaligen Vizebürgermeisters und der Wirtschaft aufgrund der Dauerparkerproblematik (Nähe Lokalbahn, Nähe Laufen).

Die Ausnahme für die Bediensteten des Stadtamtes wurde analog der Schaffung von Parkplätzen für andere Bedienstete der Stadtgemeinde (Krankenhaus, Seniorenwohnhaus etc.) und Mitarbeiter von Einrichtungen, die der Stadtgemeinde gehören (Schulen, Kindergärten), gewährt.

- *Welche Voraussetzungen müssen erfüllt sein, um in den Genuss einer solchen Genehmigung zu kommen?*

Außerhalb der o. a. Genehmigungen erhalten jene Personen zeitlich begrenzte Genehmigungen, die im Rahmen von Verhandlungen, Sitzungen und Besprechungen im Stadtamt Oberndorf weilen.

- *Kann jede/r Oberndorfer/in oder in Oberndorf beschäftigte/r Bürger/in einen Antrag auf Ausstellung einer Dauerparkgenehmigung für die Kurzparkzone stellen?*

Die Kurzparkzone wurde entgegen dem üblichen Zeitrahmen auf drei Stunden ausgelegt. Weiters ist sie von Montag bis Freitag bis 18.00 Uhr begrenzt. Eine Dauerparkgenehmigung wird prinzipiell nicht erteilt (mit o. a. Ausnahme). Zeitlich begrenzte Ausnahmen erfolgen nur im Zusammenhang mit einer Geschäftstätigkeit im Stadtamt und im öffentlichen Interesse.

GV Stampfer geht davon aus, dass die Bediensteten doch sicherlich so stehen, dass auch die Parteien noch einen Parkplatz bekommen.

Der Bürgermeister hält fest, dass natürlich auch andere Parkplätze als jene vor dem Haus in Anspruch genommen werden, doch selbstverständlich auch die vor dem Amt.

2. Vizebgm. Feichtner erkundigt sich, ob es Vorschriften in Oberndorf gibt, wenn jemand eine Firma bzw. ein Geschäft oder eine Arztpraxis eröffnet, dass eine gewisse Anzahl an Parkplätzen zur Verfügung stehen muss.

Bürgermeister: Gemäss Bautechnikgesetz ist bei Gastgewerbebetrieben ein Stellplatz je begonnene 10 m2 Nutzfläche des Gastraumes erforderlich, bei Büro- und Verwaltungsräumen sowie Arztpraxen und Ambulatorien ist es ein Stellplatz je begonnene 30 m2 Nutzfläche und bei Betriebsbauten ist es ein Stellplatz je begonnene 60 m2 Nutzfläche.

2. Vizebgm. Feichtner: Die Einhaltung dieser Vorschrift sollte eventuell geprüft werden.

Bürgermeister: Es gibt schon lange bestehende Gebäude. Aufgrund der Struktur in Oberndorf besteht nicht immer die Möglichkeit, Parkplätze zu schaffen. Das ist einfach Altbestand. Wenn wir uns über eine neue Bebauung unterhalten, müssen die notwendigen Parkplätze natürlich ausgewiesen werden.

Stadtrat Dr. Weihs bemerkt, dass die jetzige Situation nach Privilegierung aussieht.

Der Bürgermeister erwidert zu diesem Vorwurf, dass es nicht zwei Arten von Gemeindebediensteten gibt und geben kann. Die Bediensteten des Krankenhauses und des Seniorenwohnhauses genießen die Zur-Verfügung-Stellung eines Parkplatzes auch als kleines Benefiz für ihre Arbeit. Gleiches muss für die Bediensteten des Stadtamtes gelten, wo sie noch dazu für den heutigen Bedarf in eher beengten Räumlichkeiten arbeiten müssen und für diese gute Arbeit der Mitarbeiter sich auch Dr. Weihs am Jahresende immer wieder öffentlich bedankt. Überdies gibt es viele im Haus, die ihren privaten Pkw für dienstliche Zwecke nutzen und im Laufe eines Tages mehrmals wegfahren müssen. Diese kleine Anerkennung halte er daher schon für gerechtfertigt. Sollte jedoch die Gemeindevertretung der Meinung sein, die Bediensteten und der Bürgermeister würden ein Privileg genießen, dann möge sie darüber abstimmen und er würde seine Parkgenehmigung zurücklegen.

Stadtrat Mag.(FH) Danner schlägt vor, die Mitarbeiter zu animieren, dass sie den Parkplatz gegenüber Architekt Wolf benützen. Der Parkplatz vor dem Haus sollte den Parteien und der Wirtschaft zur Verfügung stehen. Er ersucht, im Mitarbeiterkreis anzuregen, diese Vorgangsweise zu wählen.

Stadtrat Dr. Weihs kann sich dieser Meinung anschließen. Seine Anfrage kam aufgrund von Beschwerden.

9. 2. Allgemeines

Bürgermeister Schröder informiert, dass ab dem heutigen Tag das ehemalige Gasthaus Forrelle abgerissen wird.

Stadtrat Prem hält fest, dass die Beleuchtung des Europasteges immer wieder zu etwa einem Viertel ausfällt und er gerne gewusst hätte, ob dies Absicht ist oder ein technischer Defekt.

Bürgermeister Schröder bestätigt ihm, dass es sich hier um einen technischen Defekt handelt und die Beleuchtung in Arbeit sei. Es wird in nächster Zeit eine Besprechung geben, da noch kleine Änderungen und Ergänzungen durchzuführen sind.

Stadtrat Mag.(FH) Danner: Es ist schön, dass dieser Weg gut angenommen wird und daher ist auch die Beleuchtung der Stiege und des Teilbereichs der Uferstraße zwischen dem Steg und dem Wohnhaus Standl zu überprüfen.

Bürgermeister: Die Stiegenbeleuchtung ist im Auftrag enthalten. Hinsichtlich des Abstandes der Beleuchtungskörper entlang der Uferstraße ist noch Nachholbedarf gegeben. Im Zuge der laufenden Bauarbeiten werden zusätzliche sog. „Schlaufen“ eingezogen, die Leitung muss ebenfalls noch verbessert werden.

Stadtrat Prem ergänzt, dass die ursprüngliche Beleuchtung im Bereich Steg bis Standl besser war, die Sparbeleuchtung sei problematisch.

Stadtrat Mag.(FH) Danner: Man hört, dass die Schauer-Gründe verkauft werden sollen.

Bürgermeister: Frau Mild hat mich besucht und mir mitgeteilt, dass ihr Bruder ein Stück des Grundes und auch das Haus verkaufen will. Die Information liegt schon im Gemeindevorstands-Ordner, ich wolle das Thema noch nicht öffentlich behandeln. Ich werde vorschlagen, dass dort, wo sich jetzt das Baulager befindet, wir Parkplätze schaffen. Wir hätten auch die Möglichkeit, die Straße etwas zu verschwenken und könnten in der Längsrichtung vier Autobusparkplätze errichten. Wenn kein Busverkehr ist, hätten 55 Pkw hier die Möglichkeit zu parken. Wir hätten dann nicht mehr das Problem im Stille-Nacht-Bezirk, dass die Busse die Leute in der Salzburger Straße aussteigen lassen und den gesamten Verkehr blockieren. Das ist ein Diskussionsvorschlag. Sollte die Gemeinde kein Interesse an einem Parkplatz haben, müsste ich das Frau Mild mitteilen.

Es wird festgehalten, dass grundsätzlich die Bereitschaft besteht, darüber zu diskutieren. Bis zur nächsten Gemeindevorstands- oder Bauausschuss-Sitzung sollen Unterlagen vorbereitet werden.

Da keine Wortmeldungen mehr vorliegen, schließt der Bürgermeister die Sitzung um 19.45 Uhr.

Die Schriftführerin:

gez. Gabriele Niederstrasser eh.

Der Vorsitzende:

gez. Bürgermeister Peter Schröder eh.

Beschlussfassungsprotokoll

GV v. 07.02.07

TOP	Beschluss	erledigt am	erledigt von
-----	-----------	-------------	--------------

- | | |
|---------|---|
| 1. | Antrag der Grünen betr. Novellierung der bestehenden Förderungsrichtlinien hinsichtlich Alternativenenergie-Heizungen (z. B. Pellets) – Behandlung im Umweltausschuss |
| 2. | Protokoll vom 15.12.2006 |
| 4. | KH – Tarifanhänge Sonderklasse BVA |
| 5. | Ausnahme v. d. Einmündungsverpflichtung i. d. Ortskanalisation – Ludwig Armstorfer |
| 6. | Altes Zollhäusl – Verpachtung an den Tourismusverband |
| 8. 2. – | Subventionen |
| 8.8. | |